

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend SH (dort beschlossen am: 24.10.2025)

Titel: **Pflichtdienste ablehnen - Freiwilligendienste stärken!**

Antragstext

Der Landesparteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein möge beschließen:

1. Pflichtdienste? Nein danke.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein lehnt die Einführung verpflichtender sozialer oder gesellschaftlicher Dienste ab. Pflichtdienste greifen in die Lebensplanung junger Menschen ein, verschärfen soziale Ungleichheiten und ersetzen keine strukturellen Lösungen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht nicht durch Zwang, sondern durch faire Bedingungen, die freiwilliges Engagement fördern. Für diese setzen wir uns konsequent ein.

Diese Ablehnung umfasst gleichermaßen die Wehrpflicht. Wir müssen anerkennen, dass sich die Sicherheitslage verschärft hat und die Bedrohungslage auf Weiteres hoch bleiben wird. Dies verlangt auch von uns Antworten zu liefern. Diese liegen jedoch nicht in staatlich angeordneten kurzzeitigen Dienstpflichten, sondern in Professionalität, Vorbereitung und freiwilliger Bereitschaft. Sicherheit verlangt funktionierende Strukturen, qualifizierte Kräfte und gute Rahmenbedingungen – nicht die pauschale Verfügbarkeit aller jungen Menschen. Angebote zur freiwilligen Vorbereitung auf Krisen- und Verteidigungsaufgaben sollen offenstehen und gestärkt werden, aber ohne Zwang und ohne Rückkehr zu Pflichtdiensten.

2. Freiwilligendienste stärken – als glaubwürdige Alternative

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein setzt sich für den strukturellen Ausbau und die faire Finanzierung von Freiwilligendiensten als echte Alternative zu sozialen und gesellschaftlichen Pflichtdiensten ein. Ziel ist ein Zugang für alle jungen Menschen, die Förderung von gesellschaftlichem Engagement sowie qualitativ hochwertige Rahmenbedingungen in den Diensten und bei den Trägern. Dazu gehört insbesondere:

- **Recht auf einen Freiwilligendienst ab 2030** für alle jungen Menschen – unabhängig von Elternhaus, Herkunft oder Trägerstruktur. Freiwilligkeit muss für alle ermöglicht werden.
- **Die Träger der Freiwilligendienste** sollen durch eine Erhöhung der Mittel entlastet werden.
- **Finanzielle Absicherung für Freiwillige:** Anhebung des Taschengeldes auf BAföG-Niveau, damit Teilnahme nicht von familiärer Unterstützung abhängt.
- **Anerkennung & Vergünstigungen:** Gleichstellung des Freiwilligenausweises mit Schüler*innen-, Azubi- und Studierendenausweisen. Perspektivisch sollen die ÖPNV-Vergünstigungen zu einem kostenlosen Zugang führen. Preiserhöhungen (z.B. Deutschlandticket), sollen nicht weitergegeben werden. Freiwillige sollen vom Rundfunkbeitrag befreit werden und in staatlich getragenen bzw. -geförderten Einrichtungen freien Eintritt erhalten (z. B. Museen, Schwimmbäder).
- **Stabile Trägerstrukturen:** Dynamische Anpassung der Fördermittel an reale Kostensteigerungen (Personal, Energie, Seminare), um tarifgerechte Bezahlung sowie 25 Bildungstage in der nötigen Qualität dauerhaft sicherzustellen.
- **Partizipation stärken:** Institutionalisierte Mitbestimmung der Freiwilligen bei der Ausgestaltung von FSJ/FÖJ (Stimm- und Mitspracherechte der Freiwilligen bei ihren Einstellungsstellen, Trägern und der gewählten Vertretung auf Landesebene). Die Arbeit der Sprecher*innen als gewählte Vertretung der Freiwilligen soll finanziell abgesichert werden.
- **Internationale Dimension sichern:** FÖJ international (Einsätze von und in SH) wird langfristig gesichert und ausgebaut, um Austausch, Weltoffenheit und interkulturelles Lernen zu stärken.
- **Information & Teilhabe sichern:** Flächendeckende Information über Freiwilligendienste spätestens im letzten Schuljahr sowie barrierefreie, divers gestaltete Beratungs- und Informationsangebote. Ebenfalls sollen

alle jungen Menschen ab dem 18. Lebensjahr per Anschreiben über die Freiwilligendienste informiert werden.

- **Inklusion & Vielfalt stärken:** Zusätzliche Mittel für inklusive Zugänge, Barrierefreiheit und diversitätssensible Ansprache, damit Freiwilligendienste allen jungen Menschen mit ihren Bedürfnissen offenstehen.
- **Anerkennung:** Freiwilligendienste sollen auch in Bildung, Ausbildung und beruflicher Orientierung als qualifizierender Erfahrungsraum sichtbar gemacht werden – etwa durch die Anerkennung von erworbenen Kompetenzen, als Wahlpflichtmodule in Curricula und als Erfahrungszeiten in Bewerbungs- und Auswahlverfahren.

Begründung

Siehe Antrag. Weiteres erfolgt mündlich.

Der Landesparteitag soll beschließen:

1. Keine Pflichtdienste

Wir wollen keinen Pflichtdienst.
Junge Menschen sollen selbst entscheiden.
Zwang hilft nicht. Freiwilligkeit ist besser.

Das gilt auch für den Wehrdienst.
Die Lage ist ernst, aber Zwang löst das nicht.
Sicherheit braucht gute Vorbereitung und Menschen, die freiwillig helfen wollen – nicht Pflicht.

2. Freiwilligendienste stärken

Wer mitmachen will, soll das können.
Freiwilligendienste müssen fair bezahlt sein.
Alle jungen Menschen sollen mitmachen können, egal wie viel Geld sie haben.

Darum wollen wir:

- Ein Recht auf Freiwilligendienst ab 2030
- Mehr Geld für Freiwillige

-
- Günstiger oder kostenlos Bus und Bahn
 - Kein Rundfunkbeitrag für Freiwillige
 - Freier Eintritt in Museen und Schwimmbäder
 - Gute Bezahlung und genug Geld für Trägerstellen
 - Freiwillige dürfen mitreden und mitentscheiden
 - Auch internationale Dienste sollen weiter möglich sein
 - Alle jungen Menschen sollen Informationen dazu bekommen
 - Alle Menschen sollen Zugang erhalten
 - Freiwilligendienst soll bei Bewerbungen und Ausbildung zählen

Unterstützer*innen

Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg), Carsten Nielsen (KV Flensburg), Lenny Joe Christiansen (KV Ostholstein), Philipp Schmagold (KV Plön), Ocean Renner (KV Nordfriesland), Aksel Leimbach (KV Stormarn), Jakob Hendrik Rühl (KV Ostholstein), Ben Jasper Kasch (KV Pinneberg), Yvonne Denecke (KV Ostholstein), Julia Groth-Mietzsch (KV Kiel), Malou Corinth (KV Nordfriesland), Anouk Corinth-Koltermann (KV Nordfriesland), Jacqueline Kühl (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein), Lino Weiss (KV Kiel), Jasper Balke (KV Lübeck), Lorenz Mayer (KV Segeberg), Bent Ole Aude (KV Steinburg), Finn Brüggemann (KV Lübeck), Adrian Grimm (KV Kiel), Julia Grüner (KV Kiel), Maik-Torben Kristen (KV Kiel), Martin Drees (KV Plön), Bianca Nienaber (KV Neumünster)